



Wiederjähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Anfertigungsgebühr für den Raum einer fünfspaltigen Zeile in Beträg 1 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 525. Mittag-Ausgabe.

Sebenundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Krawendt.

Freitag, den 9. November 1865.

Deutschland.

Berlin, 8. Nov. [Ihre Majestät die Königin] verläßt, wie aus Baden vom 7. d. M. gemeldet wird, heute Baden und nimmt Allerhöchsthren gewöhnlichen Herbstaufenthalt in Koblenz. Die Königin empfing in diesen Tagen den Besuch Ihrer königlichen Hoheiten des Fürsten und der Fürstin von Hohenzollern.

[Bekanntmachung.] Zu Altwasser, Gottesberg und Trachenberg werden am 10. November d. J. Telegraphen-Stationen mit beschränktem Tagesdienste eröffnet werden.

Stade, 5. Nov. [Versammlung.] Die Obergerichts-Anwälte Freudentheil L., Biedenweg L., Weber und Schuldirector Plass haben ihre Mitbürger in Stadt und Land habeln auf den 10. d. M. eingeladen. Zweck der Versammlung ist, die Uebereinstimmung mit der durch die Ereignisse dieses Jahres herbeigeführten Neugestaltung Deutschlands kundzugeben.

Flensburg, 6. Nov. [Zur Nordschleswig-Frage.] Die „Schlesw. N.“ schreiben: „Die Dänen in Nordschleswig rühren sich sehr und suchen eine möglichst große Zahl von Unterschriften für ihre Separationsgesetze zu gewinnen. Natürlich ist auch das deutsche Element nicht müßig. Es ist jetzt an der Zeit, daß der Süden des Landes für die Stammesgenossen im Norden eintritt. Wie wir hören, werden auch in unserer Stadt (Schleswig) Adressen an das preussische Abgeordnetenhaus, gleichlautend mit der in Flensburg beschlossenen, in Umlauf gesetzt. Wir können nur wünschen, daß dieselben zahlreiche Unterschriften finden. Bei dem neuen Wiederzusammentritt der Kammern ist eine möglichst Beschleunigung notwendig. Haben wir früher doch genug für das ungetheilte Schleswig-Holstein geschwärmt, um jetzt diese geringe Thätigkeit zu entfalten.“ (Die „Schlesw. N.“ 3.)

„Stimmt dem zu und bemerkt zu der ungeschickten dänischen Agitation in Nordschleswig: Mit der Einsetzung der Zustimmungserklärungen der angeblichen „20,000“ nach Berlin sind vorerst die Dänen am Ende ihrer Weisheit angekommen. Wir hoffen, daß die Kammermitglieder die Regierung über diese Kopenhagener Manifestation interpelliren und diese nach den aus Schleswig eingeforderten und eingegangenen Berichten ihrer Beamten zur Genüge klar machen werde, wie die Kundgebung zu Stande gekommen ist und wer sich daran betheiligte hat. Für die nach Maßgabe dieser Anklagen in Aussicht stehende „allgemeine Heiterkeit“ hat die Presse durch Mittheilung von Thatsachen ihrerseits gesorgt. Wie immer, so sind auch diesmal wieder die Dänen die besten Bundesgenossen der schleswig-holsteinischen oder deutschen Sache. Sie haben selbst Sorge getragen, daß Jedermann ihre Kundgebung für eine Comödie ansehe, die völlig werth- und bedeutungslos ist, und der Erfolg ist in so fern noch um so schlimmer, als sich nicht jeden Tag mit „20,000“ Botanisten Comödie spielen läßt.)

Dresden, 8. November. [Dementi.] Die Wiener „Debatte“ bringt in einer Berliner Correspondenz folgende Mittheilung:

„Dem König von Sachsen wurde von preussischer Seite insinuiert, zur Zeit des Eintreffens mehrerer norddeutschen Bundesfürsten am preussischen Hofe, ebenfalls die freundschaftlichen Beziehungen, welche das Bündnis geschaffen, dadurch zu betheiligen, daß er seinen Besuch dem König Wilhelm ankündigen möge. Gutem Vernehmen nach hat König Johann den ihm von verwandtschaftlicher Seite angedeuteten Wunsch einfach abgelehnt.“

Diese Nachricht ist nach dem „Dressd. Journ.“, wie bereits telegraph. gemeldet, vom Anfang bis zum Ende vollständig erfunden.

Wiesbaden, 4. November. [Fortgeschritte auf administrativem Gebiete.] Die Regierung entwickelt eine anerkennenswerthe Thätigkeit in solchen Anordnungen, welche die rasche Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte des Landes bezwecken. Das „Fr. J.“ rechnet dahin: 1) die Einführung des Pfennigtarifs auf der Staatsbahn für Massengüter; 2) die Errichtung neuer Poststellen und Vermehrung der Posttrouen, sowie der Gilwagencourfe; 3) Freigebung der Anfassigmachung und Verheirathung; 4) Durchführung der Rheinreclamation im Rheingau; 5) Freigebung der Stuterei neben dem Landesbesitz; 6) Freigebung der ärztlichen Praxis. Diese sämtlichen Anordnungen, welche unter der früheren Regierung Jahre lang vergeblich verlangt wurden, sind das Werk weniger Wochen. Eingreifendere Anordnungen, wie z. B. die Einführung einer neuen Vergütung, d. h. die Freigebung des Bergbaues, die Eröffnung neuer Straßen u., sind bereits in der Vorbereitung. Die Freigebung der Rheinschiffahrt und die Aufhebung des Salzmonopols steht mit Neujahe ebenfalls zu erwarten. Auch in anderer Richtung ist die Landesregierung thätig, der Verwaltung neuen Geist einzuhauchen. Wir rechnen dahin vor allen Dingen den Generalerlaß, welcher sämtliche Beamte verpflichtet, im Verkehr mit dem Publikum Humanität und Höflichkeit vorwalten zu lassen. — Die angeordnete Aushebung pro 1867 wird dieser Tage stattfinden. Die arbeitende Klasse, welche bisher allein das Contingent stellte, wird sich zum ersten Male mit Adeligen, Beamten, Studierenden, Kaufleuten und anderen wohlhabenden Söhnen des Landes (welchen die Regierung seither einen Mann stellte) in Reih und Glied sehen.

?? **Frankfurt, 6. Nov.** [Unsere politische Lage] ist eigenthümlich. Das wahrhaft bessere Element Frankfurts beginnt sich in die neue Lage der Dinge zu finden, ja — und das will viel sagen — es beginnt diese neue Lage richtig zu beurtheilen. Die Anderen, numerisch die Majorität bleibend noch verstockt und gegen den Neuen passiven Widerstand entgegen. Die Letzteren sind diejenigen, welche entweder direct oder durch allerlei andere Fäden mit dem alten Senate und dem 51er Colleg — jenen Körperschaften, die den eigentlichen österreichisch-liebäugelnden Pöpel Frankfurts repräsentiren — zusammenhängen. Während nun die Befürworter eine rasche Assimilation wünschen, — wünschen, daß womöglich kurzer Hand die preussische Städteordnung hier eingeführt werde, daß der alte widerwärtige Pöpel in dieser Verwaltung verschwinde, daß die Frankfurter Eingekesserten sich nicht mehr in Bürger und Permissivisten scheiden und damit die blödsinnig ungleiche Besteuerung aufhöre — strengen die Anderen alle Kräfte an, um den ganzen alten Sauerkeis als „berechtigter Eigenthümlichkeit“ hinzustellen. Und, Gott sei's geklagt, es scheinen die Letzteren den Sieg davongetragen zu haben. Wenigstens hat, wie man vernimmt, die so lange in Berlin verweilende Deputation es durch allerlei Intriguen durchgesetzt, daß die alte Verwaltung so ziemlich intact bestehen bleibt. Die alten Senatoren — durchgehends österreichische Creaturen — bleiben und beherrschen nach wie vor das gemeine Wesen. Ja, die alten Persönlichkeiten, Müller und Consorten, sind in ihren Stellen und ihrem Einfluß verblieben, den sie natürlich in diesem antipreußischen Sinne geltend machen. Herr v. Patow tritt diesem Unwesen — er hat sich aus der Ministerialzeit der neuen Aera, wie es scheint, keine Lehre gezogen — nicht entschieden genug entgegen, da er, wie alle Gothaer zwar stets suaviter in modo, aber nie fortiter in re ist,

zudem auch noch von seiner hiesigen Verwandtschaft stimulirt wird. — Herr v. Madai wird trotz des besten Willens durch die Intriguen der einen Partei und andererseits durch die Nachgiebigkeit seines Chefs vollkommen paralysirt und muß, ohne daß er es ahnden kann, allerlei Unbill von den natürlich sich bereits auf das Unverschämteste gebenden Frankfurtern — Conservativen würde die „Kreuzzeitung“ sagen — ertragen. So wiederholt sich denn hier, wie nur an zu vielen Orten, das alte Schauspiel, daß die guten Elemente, die zur preussischen Fahne gestanden in den Zeiten der Noth, beseitigt werden, während die Anderen soulagirt werden und man ihnen die größten Concessionen macht — „berechtigter Eigenthümlichkeit“ nennt man das. — Angesichts dieser Calamität wird sich jetzt hier ein Club bilden, dessen Tendenz innigste Affinirung mit Preußen ist. Und wenn nichts weiter damit bewirkt werden kann, als daß die guten Elemente im Guten bekräftigt werden, so ist es immerhin ein Fortschritt zum Besseren.

Frankfurt a. M., 7. November. [Poppo +.] Gestern starb nach längeren Leiden in Folge eines Herzübels Dr. Ernst Friedrich Poppo, von 1818 bis 1863 Director des hiesigen Friedrichs-Gymnasiums, ein anerkannt ausgezeichneter Philolog, unbedingt einer der größten Kenner der griechischen Literatur, besonders verdient als Herausgeber und gelehrter wie scharfsinniger Erklärer des Thucydides, dessen Interpretation er sein Leben gewidmet hatte. Poppo war am 13. August 1794 in Guben geboren. Das Lehrer-Collegium des Friedrichs-Gymnasiums, an dessen Spitze er fast ein halbes Jahrhundert mit seltener Begabung und nachhaltigem Erfolge gewirkt hat, widmet dem „Vorläufer wissenschaftlichen Strebens, gewissenhafter Pflichterfüllung und ehrenhaften, edel deutschen Strebens“ im heutigen „Patriotischen Wochenblatt“ einen ehrenvollen Nachruf. (N. Fr. J.)

Frankfurt, 7. November. [Der Geh. Postrath Stephan] ist für einige Zeit nach Berlin berufen worden und wird für die Dauer seiner Abwesenheit durch den königl. Oberpost-Director Meyer vertreten. Man äußerst vernünftig, hängt diese Berufung mit dem Ablösungsgeschäft der Parisischen Verwaltung zusammen. (Fr. J.)

München, 7. Nov. [Die Einladung zur großdeutschen Versammlung] hat hier nicht recht gezündet. Selbst Prof. Pöhl, auf dessen Betheiligung so sicher gerechnet ward, daß man seinen Namen, ohne daß der Professor darüber befragt war, unter das Schriftstück setzen zu dürfen glaubte, erklärt sich zwar mit dem Inhalt im Wesentlichen einverstanden, bezweifelt aber sehr, daß er sich betheiligen könne. Dennoch sehen die Gegner der preussischen Politik hier mit großer Genugthuung Namen vom besten Klang unter den Unterschriften. Mittermaier und Belker allein gelten ihnen schon für ein Programm, das den Preußen den Weg nach Süddeutschland verperren müsse. Wieder eine jener Selbsttäuschungen, von denen man sich doch endlich in einer Zeit, wo weniger die Ideen als die Macht gelten, los machen sollte. (B. u. S. J.)

Karlsruhe, 6. Novbr. [Vermählung des Hrn. von Frey.] Heute Vormittag 11 Uhr fand in der großh. Schloßkirche d. h. die Vermählung des Kammerherrn Rudolph v. Frey, Präsidenten des Ministeriums des großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, mit der ältesten Tochter des Freiherrn von Cornberg d. h. hier statt. (Bad. Volksz.)

Oesterreich.

Wien, 7. November. [Kriegsgerichtliche Untersuchung.] Bisher war nur von einer Untersuchung wider Generale, die zur Nordarmee gehörten, die Rede, und soll diese Untersuchung keineswegs schon mit der erfolgten Pensionirung Benedek's und seiner Generalsstabs-Chefs ihren Abschluß gefunden haben. Die Zahl der in Untersuchung gezogenen Generale der Nordarmee hat sich in neuester Zeit sogar vermehrt, indem, wie wir schon im Montagsblatte gemeldet, der General-Brigadier v. Appiano nachträglich mit Generalbefehl vom 25. v. M. von Klagenfurt nach Wien berufen wurde, um sich hier über sein Verhalten bei Knüttgrub zu rechtfertigen. Aber wozu man wenig zu wissen scheint, schreibt die „N. Fr. Pr.“, das ist die Thatsache, daß auch ein General der siegreichen Südarmee sich in strenger kriegsgerichtlicher Untersuchung befindet. Es ist Generalmajor v. Scudier. Derselbe hatte in der Schlacht bei Custozza an der Spitze seiner aus den Regimentern Erzherzog Ernst und Kronprinz Rudolph zusammengesetzten Brigade wesentlich zum Erfolge des Tages beigetragen, indem es der genannten Brigade gelang, nach wiederholten Stürmen die Höhen von Sona zu nehmen. Gegen zwei Uhr, als das Schicksal der Schlacht schon entschieden war und die Italiener in wilder Flucht an mehreren Stellen den Mincio überschritten, stieg Scudier mit seinen Truppen, von einer anderen Brigade abgelöst, langsam von den eroberten Höhen herab. Am Fuße des Gebirges angelangt, erwartete ihn der Befehl, eine Reservestellung bei Zerbare in der Nähe des Hauptquartiers einzunehmen, was auch ausgeführt wurde. Doch in Zerbare angelangt, fand die erschöpfte, nach sechsständigem Stürmen zum Tode ermüdete Truppe weder Erfrischungen, noch Wasser, noch Schatten, und der General, mit dem Taschentuche die schweißbedeckte Stirn trocknend, ließ dem Zaum seiner Zähne eine Aeußerung entfahren, die eben nun Anlaß zu einer hochnothpeinlichen Untersuchung gegeben hat, und commandirte: „Halb recht!“ — eine halbe Stunde weiter eine Stellung auffuchend, welche den Braven Alles gewährte, was sie in Zerbare vergebens gesucht hatten. Die Sieger von Custozza hatten keine Reserven mehr nöthig. Scudier wurde vor ein vom FML. Bamberg präsidirtes Kriegsgericht gestellt. Das von demselben gefällte milde Urtheil wurde verworfen und ein zweites Kriegsgericht zusammengestellt, welches eine neue Untersuchung gegen Scudier eingeleitet hat. Von diesem zweiten Kriegsgericht wurde noch kein Urtheil geschöpft. Die Gerüchte, welche bereits von einer schweren Verurtheilung Scudier's erzählten, sind unbegründet.

[Die Untersuchung gegen Pust] hat, wie mit großer Sicherheit nach dem „N. Fr. Bl.“ verlautet, neuestens eine Wendung genommen, die es fast zweifellos macht, daß wir es trotz alledem und alledem mit einem wirklichen Attentat zu thun haben.

Italien.

Rom. [Die Allocution des Papstes in Betreff der kirchlichen Angelegenheiten in Rußland] lautet in ihren Hauptstellen wie folgt: „Ehrwürdige Brüder! Die schmerzliche und nie genug beklagte Lage der katholischen Kirche im Königreich Polen und Kaiserthum Rußland, die wir gleichfalls mit tiefer Betrübnis analysiren müssen, ist Euch wohl bekannt. Seit dem Beginne Unseres höchsten Pontificats war es Unser sehnlichster Wunsch, für die Angelegenheiten Unserer heiligen Religion, die in diesen Ländern so schweren Prüfungen ausgesetzt ist, und für das geistige Wohl dieser Gläubigen Sorge zu tragen. Wir haben alle Schritte, schlossen eine Convention mit dem erhabenen und hochmächtigen Kaiser von Rußland und König von Polen ab. Doch alle Unsere Bestrebungen waren vergeblich; nicht bloß daß diese Convention ihrem größten Theile nach nie zur Ausführung

kam, so wurden selbst ihre wichtigsten Artikel vollständig umgangen, während man uns das Versprechen gab, sie dem gewünschten Ziele näher zu führen; mehr und mehr wurden diese Verträge, wie auch die Versprechungen der Kaiser von Rußland und Könige von Polen mit Füßen getreten. So entwidet sich der Krieg, den die russische Regierung schon seit längerer Zeit dem Katholicismus erklärt hat, in diesen traurigen Zeitläuften immer mehr, bis es nun den Anschein gewinnt, daß man Unsern Glauben in jenen Gegenden vollständig vernichten wolle.

Vergebens haben Wir durch Unsern Staatssecretär Unsere Bitten an diese Regierung gerichtet, vergebens haben Wir an den erlauchten Fürsten selbst Briefe gerichtet, die nicht einmal eine Antwort erhielten. Wir wollen hier bei Seile lassen, was Wir bereits früher in der an Unsere ehrwürdigen Brüder und Bischöfe in Polen und Rußland gerichteten Encyclica erwähnt und bitter beklagt haben, ein Document, welches schon in Druck gegeben wurde.

Nachdem der Papst hierauf die Maßregeln näher beleuchtet hat, welche von der russischen Regierung gegen den Erzbischof Sigismund von Warschau, gegen den Generalvicar Paul Kzenuski, gegen das Warschauer Capitel, sowie gegen den Bischof von Wilna ergriffen wurden, fährt er fort:

„Uebrigens, meine verehrten Brüder, hat die russische Regierung Decrete erlassen, durch welche die katholische Kirche, ihr Ansehen, ihre Gejehe und ihre Disciplin mit Füßen getreten sind. Durch diese Decrete wurden fast sämtliche Klöster regulärer Orden beiderlei Geschlechtes unterdrückt, die Güter dieser Mönchsklöster dem Staatsschatze zugeschlagen und eine ganz geringe Anzahl religiöser Familien, die noch bestehen, steht sich von der Autorität ihrer hohen Oberen losgetrennt; sie sind der gewöhnlichen Jurisdiction unterworfen und der ganze katholische Clerus sowohl in Polen als auch in russischen Reiche wurde seiner Güter beraubt, obgleich diese Güter den Bischöfen, Capiteln, Pfarreien, Beneficiaten und irgend einem Institute und für fromme Werke gehörten; die Einkünfte dieser Güter wurden der Verwaltung der öffentlichen Finanzen anvertraut.“

„Durch die nämlichen Decrete hat man entgegen den Kirchengesetzen, der Autorität des päpstlichen Stuhles und allen Rechten eine neue Organisation des katholischen Clerus, neue Einrichtungen für die Domcapitel in allen Diöcesen und eine neue Eintheilung der Pfarreien festgesetzt; man hat das Capitel der Collegialkirchen vernichtet, man hat zerstört die Autorität und die Freiheit der Bischöfe, die nunmehr ohne Zustimmung der Staatsgewalt keinen Pfarren, keinen Pfarrverweser und selbst keinen Vicar ernennen können.“

Die Allocution beklagt hierauf noch einzelne gegen die Pfarren der Diöcesen von Sandomir und Krakau wie überhaupt gegen katholische Priester gerichtete Maßnahmen der russischen Regierung, besonders aber die „Liste, Kunstgriffe und Anstrengungen aller Art, wodurch die Letztere dahin arbeitete, die Söhne der Kirche ihrem Mutterchoche zu entreißen und sie mit aller Kraft zu dem unheilvollsten der Schismen zu treiben“, indem sie sich die vollständige Aufhebung dieser Operationen in dem nächstens erscheinenden „Erpose“ vorbehielt und beschließt diese Klage mit folgenden Worten:

„So wird die ganze Welt diesen ununterbrochenen Krieg kennen lernen, den die russische Regierung Unserer heiligen Religion erklärt hat, um sie im Königreiche Polen und im Kaiserthum Rußland gänzlich zu vernichten.“

Wir wissen wohl, daß diese Regierung die Gelegenheit einer sehr unfeligen und durchaus verdammenwerthen Revolte zum Anlasse nahm, um ihre so grausamen Beschäfte gegen die katholische Kirche zu fassen, während sie die Thaten der Rebellion durch erlaubte Mittel unterdrücken und strafen konnte, ohne diesen juchthabaren Krieg über die Kirche selbst zu verhängen.

„Wollte Gott, daß keiner der Diener unserer Religion sich in die verderblichen Bewegungen dieser Krisis gemischt. Wir verwerten und verdammen aufs Neue, wie wir es bereits gethan, die Rebellion, und wir ermahnen alle Gläubigen, besonders die Geistlichen, daß sie aus ihrem Geiste die unlaute Principien der Rebellion bannen, daß sie den über ihnen stehenden Mächten unterworfen bleiben und ihnen treu gehorchen in Allem, was nicht den Gejehe Gottes und der heil. Kirche zuwider.“

Schließlich spricht der Papst seine Zufriedenheit über die Standhaftigkeit aus, mit der die Katholiken in Polen so viele Verfolgungen ertragen hätten und äußert die Hoffnung,

„daß der sehr erlauchte und mächtige Kaiser von Rußland und König von Polen, indem er ernstlich in Betracht zieht, daß die katholische Religion und ihre heilsame Lehre die feste Grundlage der Kaiser- und Königreiche ist und daß sie vorzüglich zur Ruhe und selbst zum zeitlichen Glück der Völker beiträgt, in seiner Humanität und in der Erhabenheit seines Geistes würdigen werde, den Bitten und so gerechten Wünschen des Papstes zujustimmen und seine höchste Gewalt dahin zu wenden, daß in der Ausdehnung seines weiten Reiches die katholische Kirche und jene, die sich zu ihr bekennen, nach so viel Leiden aufstehen und den so lange ersehnten Frieden und freie Ausübung ihrer Religion erhalten.“

„Hören Wir nicht auf“, — so endet das merkwürdige Document, — „ehrwürdige Brüder, in der Demuth und Zerknirschung Unseres Herzens durch ununterbrochene und heiße Gebete Gott, den an Barmherzigkeit so reichen, zu bitten, daß er mit gnädigem Auge auf seine Erblichkeit blicke, daß er seinem Volke zu Hilfe komme und daß er mit seinem göttlichen Arme die katholische Kirche, die von allen Seiten bedrängt, von so vielen Gefahren bedroht, von so vielem Unglück geprüft, beschütze, schirme und vertheidige; daß er ihr endlich den Frieden und Triumph, den Gegenstand ihrer Bitten, zukommen lasse.“

Großbritannien.

E. C. London, 5. Novbr. [Amerika und England.] Der Wunsch, mit den Amerikanern auf gutem Fuß zu leben, hat in England vielfach den Gedanken angeregt, ob es nicht politisch klug wäre, aus freien Stücken jetzt die viel besprochenen sogenannten „Alabama“-Entschädigungen zu regeln, um dadurch den Amerikanern freundlich entgegenzukommen. Wie vor Kurzem erst die „Times“, so bespricht jetzt auch der „Economist“ diesen Gegenstand, indem er sagt:

Lord Stanley hat eine besonders gute Gelegenheit, um, wie wir wollen nicht sagen die Fehler, aber die unglücklichen Zufälligkeiten in unseren Beziehungen zu Amerika während des letzten Bürgerkrieges wieder gut zu machen. Fester und würdiger als Lord Russell hätte allerdings kein Staatsmann in jenen schwierigen Zeiten auftreten können, aber die natürliche Folge seiner maßvollen Haltung war doch immer die, daß er und sein ganzes Ministerium in Amerika verhaßt wurden, ohne daß sie deshalb zu Hause große Popularität errungen hätten. Einem andern Staatsmanne mußte deshalb die Aufgabe, wenn sie überhaupt eine lösbare ist, überlassen bleiben, sich mit den Amerikanern über die Verbesserung jener Gejehe zu verständigen, welche im letzten Kriege zu so unangenehmen Zerwürfissen Veranlassung gegeben haben. Lord Stanley ist der geeignetste Mann dazu. Die von ihm während des Krieges beobachtete außerordentliche Zurückhaltung kommt ihm jetzt zu Gute. Er hat sich zu Gunsten keiner Partei ausgesprochen, ist als Mitglied der conservativen Partei, die seit 30 Jahren nur selten am Ruder war, den Zwistigkeiten mit Amerika fern geblieben als andere Staatsmänner und ist daher in jeder Beziehung bei den Amerikanern beliebter als sein Vorgänger im Amte. Wenn dieser sich weigern mußte, der Forderung der Amerikaner nachzugeben, nämlich die bestehenden Gejehe einer Aenderung zu unterziehen und die Lösung der schwebenden Streitfrage von einem Schiedsgerichte abhängig zu machen, so dürfte es Lord Stanley viel leichter werden, diesen Wünschen auf halbem Wege jetzt freiwillig entgegenzukommen. Das sicherste Mittel, ähnlichen Differenzen für alle Zukunft vorzubeugen, ist, nach dem Dafürhalten des „Economist“, die Annahme des aus dem Pariser Congresse gemachten und von Amerika dazumal verworfenen Vorschlages, daß Privat-eigenthum zur See im Kriege unantastbar sein soll. Aber sollen die Amerikaner auch diesen Vorschlag modificirt sehen oder eine Verklärung der englischen „Foreign Enlistment Act“ vorziehen wollen, so könne England, ohne seiner Würde zu vergeben, auch derartige Wünsche freundlich in Erwägung ziehen.

